

# WpÜG

**Kommentar zum Wertpapiererwerbs- und Übernahmegesetz  
mit Erläuterungen zum Minderheitenausschluss  
nach §§ 327a ff. AktG**

Von

**Dr. Roland Steinmeyer, LL.M.**

Rechtsanwalt und Notar

zusammen mit

**Dipl.-Kfm. Michael Häger**

Wirtschaftsprüfer und Steuerberater

unter Mitarbeit von

**Matthias Santelmann**

Rechtsanwalt

und

**Florian Steinhardt**

Rechtsanwalt

---

ERICH SCHMIDT VERLAG

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

**Steinmeyer, Roland:**

WpÜG : Kommentar zum Wertpapiererwerbs- und Übernahmegesetz mit Erläuterungen zum Minderheitenausschluss nach §§ 327a ff. AktG / Roland Steinmeyer ; Michael Häger. Unter Mitarb. von Matthias Santelmann und Florian Steinhardt. – Berlin : Erich Schmidt, 2002  
ISBN 3-503-06622-5

ISBN 3 503 06622 5

Alle Rechte vorbehalten

© Erich Schmidt Verlag GmbH & Co., Berlin 2002

[www.erich-schmidt-verlag.de](http://www.erich-schmidt-verlag.de)

Dieses Papier erfüllt die Frankfurter Forderungen der Deutschen Bibliothek und der Gesellschaft für das Buch bezüglich der Alterungsbeständigkeit und entspricht sowohl den strengen Bestimmungen der US Norm Ansi/Niso Z 39.48-1992 als auch der ISO Norm 9706.

Satz: multitext, Berlin

Druck: Bosch-Druck, Landshut

## Vorwort

Mit der Schaffung eines einheitlichen Rechtsrahmens für öffentliche Wertpapiererwerbs- und Übernahmeangebote hat der Gesetzgeber einen wichtigen Schritt zur Entwicklung des deutschen Kapitalmarktrechts unternommen und dieses weiter internationalen Standards angepasst. Positiv hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang das konsequente Festhalten an dem Gesetzgebungsvorhaben trotz der überraschenden Ablehnung der geplanten Übernahmerichtlinie durch das Europäische Parlament im Sommer 2001.

Das am 1. Januar 2002 in Kraft getretene Gesetz wird in der Praxis der börsennotierten Unternehmen und auf Seiten der Anleger und Investoren eine wichtige Rolle spielen. Bereits im Januar 2002 wurden zwei Übernahmeangebote und drei Pflichtangebote veröffentlicht. Die erhebliche praktische Bedeutung des Gesetzes resultiert aus der großen Zahl der an den deutschen Börsen notierten Unternehmen, die insbesondere im Zuge der vielen Neuemissionen und Börsengänge Ende der 90er Jahre und Anfang 2000 stark angestiegen ist.

Der vorliegende Kommentar soll den praktischen Umgang mit dem neuen Gesetz erleichtern. Naturgemäß kann eine Erstkommentierung eines jungen Gesetzes noch keine einschlägige Rechtsprechung oder praktische Erfahrungen in dessen Anwendung berücksichtigen. Soweit möglich, haben die Verfasser bei der Auslegung der einzelnen Normen aber vergleichbare Vorschriften und deren praktische Umsetzung aus den Rechtsordnungen anderer Staaten herangezogen. Gleichzeitig wurde versucht, Zweifelsfragen einer handhabbaren Lösung zuzuführen und die wissenschaftliche Diskussion im Zusammenhang mit der Herausbildung einer übernahmerechtlichen Dogmatik anzuregen. Einschlägige Veröffentlichungen konnten bis zum 31. Januar 2002 berücksichtigt werden.

Unser besonderer Dank für ihre tatkräftige und unverzichtbare Unterstützung bei der Bearbeitung einzelner Rechtsfragen und in Form von Literaturrecherchen gebührt in alphabetischer Reihenfolge Herrn Dipl.-Kfm. Hendrik Deutsch sowie den Rechtsreferendaren Frau Katja Gehne, Herrn Christian Gottlieb, Herrn Hermann Ali Hinderer, und Herrn Albrecht von Breitenbuch. Für die Übernahme des Lektorats danken wir Frau Studienreferendarin Silke Kister.

Berlin und Düsseldorf im Februar 2002

Roland Steinmeyer  
Michael Häger

# Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort .....	5
Allgemeines Literatur- und Abkürzungsverzeichnis .....	11
<b>Gesetzestexte</b>	
WpÜG .....	21
WpÜG-Beiratsverordnung .....	59
WpÜG-Widerspruchsausschuss-Verordnung .....	61
WpÜG-Gebührenverordnung .....	64
§§ 327a ff. AktG .....	67
<b>Einleitung</b> .....	71
<b>Abschnitt 1 – Allgemeine Vorschriften</b>	
§ 1 Anwendungsbereich .....	83
§ 2 Begriffsbestimmungen .....	94
§ 3 Allgemeine Vorschriften .....	103
<b>Abschnitt 2 – Zuständigkeit des BAWe</b>	
§ 4 Aufgaben und Befugnisse .....	111
§ 5 Beirat .....	116
§ 6 Widerspruchsausschuss .....	120
§ 7 Zusammenarbeit mit Aufsichtsbehörden im Inland .....	123
§ 8 Zusammenarbeit mit zuständigen Stellen im Ausland .....	125
§ 9 Verschwiegenheitspflicht .....	129
<b>Abschnitt 3 – Angebote zum Erwerb von Wertpapieren</b>	
Vor §§ 10 ff. ....	137
§ 10 Veröffentlichung der Entscheidung zur Abgabe eines Angebots .....	145
§ 11 Angebotsunterlage .....	169
§ 2 WpÜAngVO	
§ 12 Haftung für die Angebotsunterlage .....	196
§ 13 Finanzierung des Angebots .....	217
§ 14 Übermittlung und Veröffentlichung der Angebotsunterlage .....	227
§ 15 Untersagung des Angebots .....	237
§ 16 Annahmefristen; Einberufung der Hauptversammlung .....	243
§ 17 Unzulässigkeit der öffentlichen Aufforderung zur Abgabe von Angeboten .....	258

	Seite
§ 18 Bedingungen; Unzulässigkeit des Vorbehalts des Rücktritts und des Widerrufs.....	259
§ 19 Zuteilung bei einem Teilangebot .....	265
§ 20 Handelsbestand.....	269
§ 21 Änderung des Angebots .....	281
§ 22 Konkurrierende Angebote.....	293
§ 23 Veröffentlichungspflichten des Bieters nach Abgabe des Angebots.....	299
§ 24 Grenzüberschreitende Angebote .....	306
§ 25 Beschluss der Gesellschafterversammlung des Bieters.....	309
§ 26 Sperrfrist .....	313
§ 27 Stellungnahme des Vorstands und Aufsichtsrats der Zielgesellschaft .....	317
§ 28 Werbung .....	323
 <b>Abschnitt 4 – Übernahmeangebote</b>	
§ 29 Begriffsbestimmungen .....	325
§ 30 Zurechnung von Stimmrechten .....	340
§ 31 Gegenleistung .....	357
§ 3–7 WpÜAngVO	
§ 32 Unzulässigkeit von Teilangeboten .....	390
§ 33 Handlungen des Vorstands der Zielgesellschaft.....	392
§ 34 Anwendung der Vorschriften des Abschnitts 3 .....	429
 <b>Abschnitt 5 – Pflichtangebote</b>	
§ 35 Verpflichtung zur Veröffentlichung und zur Abgabe eines Angebots .....	431
§ 36 Nichtberücksichtigung von Stimmrechten .....	452
§ 37 Befreiung von der Verpflichtung zur Veröffentlichung und zur Abgabe eines Angebots.....	460
§ 8–13 WpÜAngVO	
§ 38 Anspruch auf Zinsen .....	478
§ 39 Anwendung der Vorschriften des Abschnitts 3 und 4 .....	483
 <b>Abschnitt 6 – Verfahren</b>	
§ 40 Ermittlungsbefugnisse des Bundesaufsichtsamtes.....	487
Vor §§ 41 ff. ....	496
§ 41 Widerspruchsverfahren .....	502
§ 42 Sofortige Vollziehbarkeit.....	516
§ 43 Bekanntgabe und Zustellung.....	518
§ 44 Veröffentlichungsrecht des Bundesaufsichtsamtes .....	520
§ 45 Mitteilungen an das Bundesaufsichtsamt.....	521
§ 46 Zwangsmittel.....	522
§ 47 Kosten .....	524

**Abschnitt 7 – Rechtsmittel**

§ 48 Statthaftigkeit, Zuständigkeit .....	527
§ 49 Aufschiebende Wirkung .....	547
§ 50 Anordnung der sofortigen Vollziehung .....	552
§ 51 Frist und Form .....	561
§ 52 Beteiligte am Beschwerdeverfahren .....	566
§ 53 Anwaltszwang .....	569
§ 54 Mündliche Verhandlung .....	571
§ 55 Untersuchungsgrundsatz .....	573
§ 56 Beschwerdeentscheidung; Vorlagepflicht .....	575
§ 57 Akteneinsicht .....	587
§ 58 Geltung von Vorschriften des Gerichtsverfassungsgesetzes und der Zivilprozessordnung .....	591

**Abschnitt 8 – Sanktionen**

§ 59 Rechtsverlust .....	595
§ 60 Bußgeldvorschriften .....	603
§ 61 Zuständige Verwaltungsbehörde .....	608
§ 62 Zuständigkeit des Oberlandesgerichts im gerichtlichen Verfahren .....	610
§ 63 Rechtsbeschwerde zum Bundesgerichtshof .....	611
§ 64 Wiederaufnahme gegen Bußgeldbescheid .....	612
§ 65 Gerichtliche Entscheidung bei der Vollstreckung .....	612

**Abschnitt 9 – Gerichtliche Zuständigkeit; Übergangsregelungen**

§ 66 Gerichte für Wertpapiererwerbs- und Übernahmesachen .....	613
§ 67 Senat für Wertpapiererwerbs- und Übernahmesachen beim OLG .....	619
§ 68 Übergangsregelungen .....	619

**Anhang Minderheitenausschluss**

§ 327a AktG Übertragung von Aktien gegen Barabfindung .....	625
§ 327b AktG Barabfindung .....	636
§ 327c AktG Vorbereitung der Hauptversammlung .....	653
§ 327d AktG Durchführung der Hauptversammlung .....	661
§ 327e AktG Eintragung des Übertragungsbeschlusses .....	664
§ 327f AktG Gerichtliche Nachprüfung der Abfindung .....	675

Stichwortverzeichnis .....	685
----------------------------	-----